

Grüne Politik unter Bedingungen 'neuer Komplexität'

Seeliger, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Seeliger, M. (2012). Grüne Politik unter Bedingungen 'neuer Komplexität'. *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 5(1), 229-239. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61014-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Martin Seeliger

Grüne Politik unter Bedingungen ‚neuer Komplexität‘

Zusammenfassung

Gesellschaftliche Modernisierung hat im internationalen Rahmen zu einer neuen Komplexität im Spannungsfeld einer zunehmenden Anzahl von Zielgrößen geführt. Gleichzeitig lassen sich auch im Parteiensystem sowie in der Sozialstruktur insgesamt Erosions- und Transformationserscheinungen verzeichnen. Der Artikel analysiert Politik und Außenwirkung der Grünen vor diesem Hintergrund.

Schlagnworte: Die Grünen, Parteienforschung, Sozialer Wandel, Ökologie

Abstract

Green Party-Politics in Times of ‚New Complexities‘
Social Modernisation has lead to an increase of complexity in terms of policy-aims. At the same time developments of erosions and pluralisation can be encountered in terms of multi-party systems as well as broader social structure. The article analyses German Green Party Politics against this background.

Key words: Green Party, Political Party-Research, Social Change, Ecology

1. Einleitung

„Ich habe eine neue Kaffeemaschine, aber die funktioniert nicht so richtig. Mit der Steuer bin ich im Rückstand, aber das mache ich am Wochenende. Ist heute sonst noch etwas Wichtiges passiert?“ Kurz nachdem die Baden-Württembergische Bevölkerung den Grünen Winfried Kretschmann ins Amt des Ministerpräsidenten gewählt hat, spricht aus der Einschätzung des ehemaligen Hamburger Abgeordneten *Thomas Ebermann* in der tageszeitung vom 13.5.2011 wenig Enthusiasmus über das Ergebnis des Urnengangs, der dem süddeutschen Bundesland nach 58 Jahren der CDU-Regierung einen Machtwechsel bescherte.¹ Wer die Geschichte der Grünen kennt und weiß, dass Ebermann im Umfeld von Jutta Ditfurth bereits zu Beginn der 1990er Jahre die Partei verließ, wird wohl weniger überrascht auf die pessimistische Haltung des bekennenden Ökosozialisten reagieren. Kontrastiert man Ebermanns Ausspruch allerdings mit Stimmen vom anderen Ende des politischen Spektrums, wird die Sache interessanter: So äußert sich der konservative Hardliner *Philipp Mißfelder* (2011, S. 434) zu Möglichkeiten und Grenzen schwarzgrüner Koalitionen ebenfalls wenig anerkennend über die Orientierung der Grünen. So trete diese z.B. im Rahmen einer „Verhinderung wichtiger Infrastrukturprojekte“, der „Bekämpfung des Tourismus im Kiezbiotop Berlin-Kreuzberg“ oder durch „exzessives Gender-Mainstreaming“ hauptsächlich als Promotorin einer „wirklichkeitsfremden Poli-

tik“ in Erscheinung. Nun ist nicht erst seit der Etablierung des Framing-Konzepts in der Politikforschung (*Snow u.a.* 1986) klar, dass politische Akteure Diskussionsgegenständen ihre ‚semantischen Stempel‘ aufdrücken wollen, um für die Rezipienten² bestimmte Deutungsrahmen als handlungsleitend zu etablieren. Diese Multiperspektivität und Diskrepanz divergierender Einschätzungen aufgreifend soll hier die These vertreten werden, dass es genau diese divergierenden Einschätzungen sind, die der Partei eine bis dato ungekannte Popularität unter den deutschen Wählern verschafft.

Wenn Zeitdiagnosen zu Beginn des 21. Jahrhunderts geschlossen das Argument einer ‚neuen Unübersichtlichkeit‘ gesellschaftspolitischer Angelegenheiten stark machen, die ihre Konturen im Spannungsfeld von Ökologie, Ökonomie, Geschlechtergerechtigkeit und zahlreicher weiterer Zielgrößen gewinnen (*Beck* 2007; *Crouch* 2011; *Walby* 2009), erscheint es wenig verwunderlich, dass Kohärenzangebote an Konjunktur gewinnen, deren handlungspraktische Schlussfolgerungen oft nicht klar auszubuchstabieren sind: „Die Gründe, sich zu empören, sind heutzutage oft nicht so klar auszumachen – die Welt ist zu komplex geworden“, beklagt *Stéphane Hessel* (2011, S. 13) in seiner Bestsellerstreitschrift zur zeitgenössischen Politik. Im Folgenden soll argumentiert werden, dass die Rahmenbedingungen dieser neuen Komplexität den Grünen zu einer Attraktivität reichen, welche sich unmittelbar aus zwei Aspekten ihrer parteipolitischen Struktur ergibt: *Erstens* stellt das Feld ökologischer Problemstellungen einen Allgemeinplatz für die Verfolgung politischer Selbstkonzepte von Bürgern dar. So fungiert der Verweis auf die Notwendigkeit ökologischer Verantwortung in einer zunehmend komplexen Welt gewissermaßen als einer der ‚kleinsten gemeinsamen Nenner‘ politischen Bewusstseins, durch den andere – möglicherweise konfligierende Fixpunkte parteilicher Ausrichtungen (z.B. in der Sozial- oder Außenpolitik) überlagert werden. *Zweitens* – so die verfolgte Argumentation – bietet die innerparteiliche Situation bei den Grünen hier eine große Bandbreite lagerpolitischer Anknüpfungsmöglichkeiten. Der Umstand, dass die parteipolitischen Orientierungen unterschiedlichen Interessensgruppen mit unterschiedlichen Hintergründen Rechnung zu tragen vermögen, liegt hierbei in der Konstellation der verschiedenen innerparteilichen Lager begründet.

Anliegen des vorliegenden Textes ist es daher, für die zunehmende Popularität der Grünen ein Erklärungsangebot aus dem Zusammenspiel von ökologischer Orientierung als relativ unverbindlichem (und evtl. gerade deshalb attraktiven) Markenkern und der innerparteilichen Auseinandersetzungskultur abzuleiten. Wie bereits angeklungen, dienen hier zweierlei relevante Faktorensätze als Rahmenbedingungen, unter denen eine entsprechende Erklärung nahegelegt wird: Zum einen handelt es sich dabei um die Komplexitäten unlängst entstandener und/oder zunehmend bedeutungsvoller Politikfelder, die nicht zuletzt von den Grünen wesentlich bestellt werden.³ Zweitens bedingt die sozialstrukturelle Entwicklungsdynamik der Bundesrepublik der letzten 30 Jahre im Allgemeinen sowie die der Parteizusammensetzung im Besonderen eine parteiinterne Zusammensetzung, die durch demographische wie lagerpolitische Ausgewogenheit breite Wählerschichten anzusprechen vermag. Im Anschluss an eine Darstellung dieser historischen Entwicklungsdynamik, die die Struktur der Partei in den letzten 30 Jahren geprägt hat, dient ein zweiter Schritt der Auseinandersetzung mit populären Kritiken an der tagespolitischen Haltung der Grünen. Die zentrale Frage des vorliegenden Textes, wie diese aktuelle Haltung aus der dargestellten historischen Dynamik heraus erklärbar erscheint, soll dann mit einem dreifachen Argument beantwortet werden: So lassen sich mit der Entwicklung der sozialstrukturellen Zusammensetzung ihrer gesellschaftlichen Referenzgruppe, internen

Aushandlungsprozessen zwischen unterschiedlichen Parteilagern sowie einer zunehmend realpolitisch orientierten Grundausrichtung verschiedene Erklärungsfaktoren identifizieren. Ein abschließendes Fazit versammelt Aussichten und perspektivische Fragen nach dem Einfluss der hier skizzierten Entwicklung auf das politische System der Bundesrepublik.

2. Historische Entwicklung: Die Grünen als Sinnbild einer ‚bürgerlichen Anthropologie‘

Konsultiert man aktuelle Presseberichte und Fachliteratur zur Entwicklung der Grünen, stößt man mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auf Begriffe eines Metaphernspektrums, das den Wandel der Parteibasis von Angehörigen eines linksalternativen Milieus hin zu Vertretern einer bürgerlichen Mitte versinnbildlicht. Nicht ohne ironischen Unterton werden in diesem Zusammenhang Hybridfahrzeuge, Genussmittel wie der (Prenzlberger) Latte Macchiato oder auch ein post-adoleszentes *Neil Young*-Fantum den Jute-Taschen und Zottelhaarfrisuren der frühen 1980er Jahre gegenübergestellt. Hier wird eine Entwicklung karikiert, die der Göttinger Politikwissenschaftler *Franz Walter* (2011, S. 139) auf den Begriff einer „bürgerlichen Anthropologie“ bringt: Verfolgte man als junger Gesinnungsethiker kompromisslose Vorstellungen eines ‚richtigen Verhaltens‘, wich diese jugendliche Heißspornattitüde im Verlauf der eigenen (Erfolgs-)Biographie einer Mischung aus verantwortungsethischem Augenmaß und hedonistischer Altersmilde, auch den eigenen Konsumgewohnheiten gegenüber. Um diese Wandlung etwas besser nachvollziehen zu können, lohnt sich ein (knapper) Überblick über die Geschichte der Grünen im Wechselspiel zwischen politischer Ausrichtung, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und sozialstruktureller Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft.⁴ Ursprünglich inspiriert von der US-amerikanischen Umweltbewegung (*Radkau* 2011) verdichteten sich im Laufe der 1970er Jahre deutsche Bürgerinitiativen zum Umweltschutz und wesentliche Teile der deutschen Linken zu einem politischen Spektrum, aus dem heraus sich im Januar 1980 die Partei der Grünen gründete. Zu diesem frühen Zeitpunkt stellte der Gegensatz zwischen eher bürgerlich-wertkonservativ eingestellten Vertretern und linkssozialistisch orientierten Kräften eine wesentliche Konfliktlinie dar. Während Auseinandersetzungen besonders im Verlauf der Etablierungs- und Parlamentarisierungsphase in den 1980er Jahre anhielten, ergab sich aus dem geschlossenen Austritt wesentlicher Teile des ökosozialistischen Flügels sowie dem Zusammenschluss mit dem ostdeutschen ‚Bündnis 90‘ zu Anfang der 1990er Jahre eine signifikante Restrukturierung der Mitgliederbasis zu Gunsten des sogenannten ‚Realo-Flügels‘. Unter dessen Federführung konnte sich die Partei auf dem Neumünsteraner Parteitag im April 1991 schließlich neu als „ökologische Reformpartei“ (*Decker/Neu* 2007, S. 175) definieren. Als solche lassen sich für die Regierungsperiode unter Joschka Fischer die vermutlich bedeutsamsten Errungenschaften grüner Politik in der bundesrepublikanischen Geschichte verzeichnen: Die doppelte Staatsbürgerschaft, Dosenpfand und die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften können hier als wesentliche Platzhalter zur Illustration grüner Regierungserfolge dienen. Auch lässt sich der jüngst unter der schwarz-gelben Regierung beschlossene Atomausstieg wesentlich auf die Initiative des damaligen Umweltministers Jürgen Trittin zurückführen. Dieser hatte die Abkehr von nuklearer Energiegewinnung in zähen Verhandlungen mit SPD-Wirtschaftsminister Werner Müller und Vertretern der Atomindust-

rie vorbereiten können. Die rot-grüne Ökosteuer sicherte dem Staat von 1998 bis 2005 insgesamt ca. 18 Mrd. Euro, die hauptsächlich zum Ausgleich der Sozialversicherungsausgaben aufgewendet wurden.⁵ Ihr sozialpolitisches Profil schärfte die Partei außerdem in der Unterstützung einer auf ‚Dritten Wegen‘ wandelnden SPD, die mit ihrer Reform der Sozialgesetzgebung volkswirtschaftliche Kapazitäten eines vermeintlich „erschöpften Sozialstaats“ entlasten wollte (Blank 2011): Nicht ohne ein innerparteilich mehr als kontrovers ausfallendes Echo stellte man sich im grünen Lager also nicht nur hinter die Vorschläge der Hartz-Kommission, sondern verabschiedete auch die Rente mit 67 oder die Bundeswehreinräte im Kosovo und am Hindukusch. Ein wachsender Unmut an der Basis fand in der Folge in einer Serie von Landtagswahl Niederlagen Erscheinung (Bremen 1999, Berlin 2000, Baden Württemberg 2001). Dieser Negativtrend wandelte sich erst (und vor allem unter dem nachhaltigen Eindruck der klimapolitischen Komponente der Elbüberflutung sowie Schröders kategorischem Nein zum Irakeinsatz) zu einem positiven Wahlergebnis von 8,7% bei der Bundestagswahl 2002, die der Koalition mit der SPD eine weitere Legislaturperiode erschließen sollte. Die Zeit nach Fischers Rücktritt im Anschluss an die Wahl Niederlage 2005 war geprägt durch eine erneute Reorientierung der Parteistrategie: Nachdem beim Göttinger Sonderparteitag zum Afghanistanfeldzug der Bundeswehr starke Differenzen zwischen Basis und Parteiführung eskaliert waren, kam es hier zu einer Abkehr vom Kurs der Bundesregierung, den man wenige Jahre zuvor noch selbst mitinitiiert hatte. In der Folge trugen anhaltende Grundsatzdiskussionen sowie eine fortschreitende Professionalisierung der Parteistrukturen zur Etablierung einer konsensorientierteren Entscheidungskultur bei. Die Doppelkandidatur von Jürgen Trittin und Renate Künast bei der Bundestagswahl 2009 spiegelt hier die stabileren Machtbalancen innerhalb einer Partei, die in den Jahren zuvor vor allem durch ein „mangelhafte[s] Konfliktmanagement“ (Probst 2011, S. 137) aufgefallen war. So wurden Auseinandersetzungen, die vorher – in zunehmend entkoppelter Form – zwischen Einzelpersonen an der Parteispitze ausgetragen worden waren, nun wieder stärker zwischen Parteiströmungen an der Basis geführt (ebd.). Mit der Kultivierung der ‚Doppelspitze‘ initiierte die Partei außerdem ein wahlkampfstrategisches Leitmotiv, das ihre Taktik der Stimmenakquise bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt charakterisiert: Indem die beiden Partei- und die beiden Fraktionsvorsitzenden mit ihren unterschiedlichen Orientierungen und Inszenierungen auf eine relative Vielfalt inhaltlicher Positionen und Identifikationsangebote abzielen, kann die Partei „verschiedene Wählersegmente optimal abdecken und in neuerer Zeit auch deutlich mehr Medienpräsenz zeigen“ (Niedermayer 2011, S. 33). Bevor die besondere Dynamik, die sich für die Gestaltung der Parteipolitik aus dieser Konstellation ergibt, im folgenden Abschnitt genauer vorgestellt wird, soll die sozialstrukturelle Zusammensetzung der grünen Wählerbasis in Augenschein genommen werden.

Auf Basis der Daten des 1984 ins Leben gerufenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) gelangen Kroh und Schupp (2011, S. 6) hinsichtlich der Analyse der Parteibindungen zu den Grünen zu dem Ergebnis, dass ihre Anhänger in der Regel nicht nur wohlhabend sind, sondern auch zum allergrößten Teil das Abitur gemacht haben. Nur 3% haben lediglich einen Hauptschulabschluss absolviert. Während diese Bildungskomponente seit den 1980er Jahren stabil ist, stellt der Reichtumsaspekt in der grünen Entwicklungsgleichung eine variable Größe dar: Wie Walter (2010, S. 87) bemerkt, waren die Grünen 1983 noch zu einem Drittel arbeitslos, verfügten aber mit ihren (hoch-)schulischen Bildungserfahrungen, und politischer wie auch in zahlreichen Debatten erprobter Mobilisierungs- und Artikulationsfähigkeit über wesentliche erwerbsbiografische Schlüsselkompe-

tenzen. Berufsständisch betrachtet rekrutiert sich heute ein zunehmender Teil der Grünen-Unterstützer aus dem Segment der Kreativwirtschaft und setzt sich daher nicht nur aus Beamten und Angestellten, sondern auch Freiberuflern zusammen. Ein Mangel an Unterstützung durch (und von?) „Menschen mit geringer Bildung, Arbeitern und Arbeitslosen deutet hingegen darauf hin, dass die Grünen trotz ihrer Selbstwahrnehmung als ‚linke‘ Kraft mit der SPD und der Linken faktisch nicht um Anhänger aus dem klassischen Arbeitermilieu konkurrieren“ (ebd., S. 8). Im Hinblick auf die Breite der gesellschaftlichen Milieus, aus denen sich ihre Parteibasis zusammensetzte, profitierten die Grünen so sicherlich wesentlich „vom Zerfall vormals selbstverständlicher Loyalitäten durch Klassen- und Konfessionszugehörigkeiten“ (Walter 2010a, S. 178; vgl. auch Beck 1986). Territorialräumlich betrachtet findet die Partei schließlich den Großteil ihrer Anhängerschaft vor allem in den größeren Städten, weniger auf dem Land und ist eher im West- als im Ostteil der Republik beliebt (Kroh/Schupp 2011). Im Hinblick auf ihr Verhältnis zu anderen politischen Lagern im Parteienwettbewerb lassen sich besondere Zuwächse vor allem von Seiten vormaliger SPD-Wähler verzeichnen, von denen bei der Bundestagswahl 2009 ganze 870.000 Stimmen für die Grünen abgegeben wurden. Gleichzeitig wanderten mit 140.000 Wählern wesentlich mehr Menschen zur Linkspartei ab als die 30.000, die von grün auf gelb und damit ins liberal-bürgerliche Lager umschwangen.

Misst man die hier skizzierten Entwicklungen nun an den jüngeren demoskopischen Ergebnissen, findet das Narrativ einer ‚grünen Erfolgsgeschichte‘ seine empirische Bestätigung: So schreibt ihnen Infratest Dimap bei der Sonntagsfrage Mitte Juni 2011 Anteil von 24% der Stimmen hinter CDU/CSU (34%) und SPD (30%) zu (wobei man Anfang November schon wieder bei nur 14% angelangt ist). Seit dem Wahlsieg in Mecklenburg-Vorpommern befindet sich die Partei nun außerdem in der historisch beispiellosen Situation, in allen Landesparlamenten vertreten zu sein. Anders als die anderen Parteien können die Grünen für den Verlauf der letzten Jahre ein kontinuierliches Wachstum aufweisen: Zählte man im Dezember 2010 noch 52.608 Mitglieder, waren es im Juli 2011 bereits 58.000, so dass aller Voraussicht nach bis Ende 2011 ein Zuwachs von 20% gegenüber dem Vorjahr erreicht werden kann (Schulte 2011). Ein vor allem unter den jungen Anhängern großer Zuspruch, der sich unter anderem im Stimmrekord der Bremer Wahlen vom Mai 2011 zeigte, zu denen erstmals auch 16- und 17-jährige Wähler zugelassen waren, bietet hier auch für die nächsten Jahre positive Entwicklungsaussichten. Vor dem Hintergrund der hier dargestellten Datenlage erscheint es nun sicherlich übertrieben, die Grünen im Einklang mit dem Spiegel-Titel der Ausgabe 46/2010 als „Neue deutsche Volkspartei“ zu bezeichnen. Gleichzeitig erscheint aber auch die von Rudzio (2006, S. 133) – immerhin in einem Standardwerk zum politischen System Deutschlands – bemühte Charakterisierung als einer „ökologischen Linkspartei“ in der ideologischen Nische weit an der Realität vorbeizugehen. Dies zeigen auch die qualitative Leitorientierung grüner Politikinhalte sowie die Ausprägungen eines spezifischen Politikstils, wie sie im Folgenden darzustellen sein werden.

3. Grüne Realpolitik im Spiegel zeitgenössischer Kritik

Für den Berliner Sonderparteitag zum Atomausstieg Mitte Mai 2011 hatten einige Basisaktivisten eine besondere Aktion überlegt: Zwei Tore wurden vor dem Eingang des Veranstaltungsortes aufgestellt und mit ‚Ja‘ und ‚Nein‘ markiert, so dass die Delegierten ge-

zwungen waren, bereits beim Eintritt ein symbolisches Statement über ihre Haltung zur Kernenergiegewinnung in der Bundesrepublik abzugeben (jeweils quittiert von entweder Jubel oder Buh-Rufen der Umstehenden). Dass sich nach kurzer Zeit weitere Mitglieder ebenfalls in die Aktion einbrachten, um die nach und nach anreisenden Delegierten mit Hilfe selbstgemalter ‚Lösungsweg‘-Schilder um die ‚Entscheidungspforte‘ herum zu lotsen, bringt die gegenwärtige Konstellation *innerhalb* der Partei mitsamt ihrem Verhältnis zu ihren *äußeren* Referenzgruppen (also hauptsächlich ihren Wählern) auf den Punkt. Während die links-ökologische Fraktion um Ströbele hier grundsätzliche Ablehnung gegenüber der schwarz-gelben Atompolitik aus Authentizitätsgründen zur vermeintlichen Unumgänglichkeit stilisiert, gibt sich der Realo-Flügel um die Gallionsfiguren Künast und Özdemir pragmatisch. Die dort geäußerte Marx-Referenz, Ströbele und die Fundis interpretierten die Welt lediglich, man selbst aber strebe ihre Veränderung an (*Bauchmüller* 2011), bewahrt den realpolitisch orientierten Teil der Partei hierbei vor dem Image einer unattraktiven Bodenständigkeit, die man so weiter den alternativlosen Aktivierern aus der SPD oder den ewiggestrigen Unionsanhängern zuschreiben kann. Dass dieser Mittelweg zwischen vorbehaltloser Zustimmung und grundsätzlicher Verweigerung nun erst nach großer Diskussion auf einem extra einberufenen Sonderparteitag beschritten wird, gewährleistet nicht nur den inneren Zusammenhalt der Partei, sondern sichert auch ihre basisdemokratische Glaubwürdigkeit gegenüber externen Beobachtern. Diese Diskussion unterschiedlicher Standpunkte in der Festlegung des Parteikurses findet einerseits innerhalb der Gremien, Organe und Tagungen der Partei statt, für den Wähler wird sie aber vor allem dann transparent, wenn sie über die Medien ausgetragen werden: So äußerte sich z.B. Jürgen Trittin im Vorfeld des Parteitages dahingehend, dass sich die Vorschläge der schwarz-gelben Regierung mehr oder weniger mit dem überschneiden, was die Grünen in der Atompolitik konzeptionell in ihrer Koalition mit der (oder besser: gegen die) SPD durchgesetzt haben. Auf der anderen Seite findet sich in der tageszeitung vom 5.6.2011 ein offener Brief prominenter Vertreter der deutschen Umweltbewegung mit dem Titel ‚Kein grüner Segen für diese Atompolitik‘, in dem man insistiert, die Grünen müssten „nicht über das Stöckchen springen, das die Regierung hinhält!“ So grundsätzlich diese beiden unterschiedlichen Einschätzungen über die beste Möglichkeit, sich gegenüber dem regierungsinduzierten Atomausstieg zu verhalten, voneinander abzuweichen, so effektiv regulieren sie ihre inhaltliche Vehemenz im Rahmen der parteilichen Diskussionskultur der Grünen auf wechselseitiger Basis. Der sukzessive, schwarz-gelb moderierte Ausstieg erscheint so als intelligenter, basisdemokratischer Kompromiss. Ein ähnliches Prinzip bipolar ausgleichender Machteinwirkung lässt sich in der bereits weiter oben beschriebenen Institution der grünen Doppelspitze erkennen. Inszeniert als demokratischer Kompromiss divergierender Binnenorientierungen innerhalb der Partei erschließt die komplementäre Besetzung der Führungsämter den Zugang zu unterschiedlichen Wählersegmenten durch breites Identifikationspotenzial. Während *Cem Özdemir* (2011, S. 10) auf der rechten Seite gern mal über die „Vorstellung einer Koalition der Werte“ zwischen Grünen und CDU räsoniert, stempelt er gemeinsam mit Claudia Roth als „aufrechte, vitale Repräsentantin der guten alten Neuen sozialen Bewegungen“ (*Walter* 2009, S. 350) den grünen Freifahrtschein zwischen linksalternativer Nostalgie und nicht näher spezifiziertem ‚Green New Deal‘.

In ihrer Anfang 2011 erschienenen Streitschrift zur Lage der Grünen zeichnet das ehemalige Führungsmitglied des ökosozialistischen Flügels Jutta Dittfurth das Bild einer Partei, die ihre vormals idealistische Orientierung gegen einen Opportunismus der

Machthungrigen eingetauscht hat. Ihr zu Folge sind die Grünen „in Wirklichkeit ebenso gefesselt von Kapitalinteressen und von den ‚Sachzwängen‘ des Machterhalts, wie andere bürgerliche Parteien auch, und in Aufsichtsräten, Regierungen und Parlamenten treiben sie die Ausbeutung von Mensch und Natur voran“ (2011, S. 37). Ein Überblick über das linke Politfeuilleton der Republik zeigt, dass sich Ditfurth hier zum Sprachrohr eines (relativ) vielstimmigen Spektrums von Kritikern der Grünen macht, die einen gezielten Opportunismus monieren: Dieser ermögliche es der Partei, parlamentarische Macht zu gebrauchen, ohne sich dabei an traditionellen grünen Leitwerten orientieren zu müssen. So äußert sich der ehemalige Chefredakteur der Frankfurter Rundschau *Wolfgang Storz* (2011): „Die Grünen sind nur deshalb so erfolgreich, weil sie unter ihren alten Überschriften ihre Politik wendehalsig neu formuliert haben. Dafür ist ein Kompliment fällig, denn die Grünen sind geniale ‚Vermarkter‘ ihrer selbst. Sie marschieren in eine andere Richtung und gelten trotzdem als geradlinig, standhaft und konsequent: Wahrlich eine Leistung.“ Als politisches Statement mag man das so stehen lassen (oder auch nicht), als ursächliche Erklärung der gegenwärtigen Lage der Partei erscheint die Aussage aber fraglich.

Während pessimistische Kulturphilosophen sich angesichts der realpolitischen Erdung der Partei über eine ‚Dialektik grüner Aufklärung‘ ereifern mögen, während philosophische Kulturpessimisten einen innerparteilichen Diskussionsmodus kritisieren, nach dem zwar alle zu Wort kommen, diese aber im „freundlichen Abgrund“ (*Marcuse* 1966, S. 100) einer repressiven Toleranz miteinander gemein gemacht würden, lässt sich für die spezifische Situation der Grünen auch eine andere soziologische(re) Erklärung hinzuziehen. Wie der US-amerikanische Wissenschaftler *William Richard Scott* (1986) in seinen wegbereitenden „Grundlagen zur Organisationstheorie“ darlegt, lassen sich für die Analyse von Organisationen dreierlei Perspektiven unterscheiden: So werden aus einer klassischen Sichtweise, wie z.B. in *Max Webers* Bürokratietheorie, Organisationen als *rationale* Systeme betrachtet, die als Kontinuum intentionaler, aufeinander abgestimmter Handlungen einem übergeordneten Zweck dienen. Wesentlich differenzierter betonen die Konzepte von Organisationen als *natürlichen* und *offenen* Systemen demgegenüber den internen Aushandlungscharakter (z.B. Mikropolitik) sowie die Umweltbeziehungen von Organisationen (z.B. Neo-Institutionalismus). Aus Sicht der ersten Position betrachtet, erschiene der politische Output der Grünen demnach als strategisches Ziel. Innerparteiliche Prozesse wären dann nichts als wohl-koordinierte Inszenierung berechnender Polit-Schauspieler, die – je nach Hintergrund – die Post-Revoluzzerin, den smarten, ökologisch orientierten Modernisierer, den wertkonservativen Bürgervertreter, usw. geben, um eine gemäßigt-unverbindlichen Politik gegen möglichst wenig Widerstand durchsetzen zu können. Ein entsprechender Unterton lässt sich auch aus den angeführten (linken) Kritiken an der inkonsistenten Linie der Grünen herauslesen. Wie oben angeführt, erscheint angesichts der Entwicklung innerparteilicher Kräfteverhältnisse sowie vor dem Hintergrund der sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein anderes Szenario wahrscheinlicher. Wie gezeigt werden konnte, sind interne Entscheidungsprozesse der Grünen häufig geprägt vom Konflikt unterschiedlicher innerparteilicher Lager. Zwar können entsprechende Machtkämpfe in allen politischen Gruppierungen verzeichnet werden. Für den externen Beobachter weisen sie bei den Grünen eine besondere Transparenz auf, weil sie medienwirksam und über Jahre hinweg mit über den parteilichen Markenkern streitenden Gruppen von Fundis und Realos assoziiert wurden und werden. Der weiter oben dargestellte Fall des Atomausstiegs kann hier sicherlich als charakteristisch gel-

ten. Auch lässt sich im Zuge der ‚Parlamentarisierung‘ grüner Politik eine klare Tendenz inhaltlicher Mäßigung verzeichnen, die nicht zuletzt einer wachsenden Einsicht in die eher rigide als plastisch anmutende Verfasstheit gesellschaftlicher Strukturen durch radikale Politik geschuldet ist. Schließlich haben sich in den letzten dreißig Jahren auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen geändert. Mit dem Trend zur ‚Verbürgerlichung‘ der grünen Unterstützerbasis wurden entsprechende sozialstrukturelle Voraussetzungen dargestellt. Darüberhinaus lässt sich aber auch feststellen, dass wesentliche politische Inhalte, die die Grünen im Laufe der letzten Jahrzehnte vertraten, mittlerweile Eingang in den Common Sense der deutschen Politik gefunden haben. In der Atomproblematik, den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften oder jüngst auch dem Mindestlohn findet sich hier anschauliches Beispielmateriale. Sehr plastisch dargestellt, haben sich also nicht nur die Grünen der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft den Grünen angenähert.

4. Fazit

Wie in einer Vielzahl von Publikationen konstatiert, haben die Grünen in den vergangenen Jahrzehnten eine signifikante Entwicklung durchlaufen. Wie sich im Spiegel des über sie Geschriebenen ebenfalls zeigt, ist eine Kritik an grüner Realpolitik für den geneigten Kritiker relativ günstig zu haben: Eine zunehmende Orientierung am Markt als gesellschaftlichem Koordinationsinstrument, wie sie etwa in Überlegungen zum ‚Wohlfahrts-Mix‘ oder der Verwaltungsreform zum Tragen kommt, scheint im Bezug auf die Grünen wenig Aufsehen zu erregen.⁶ Auch andere große und kleine Brüche linksalternativer Tabus wie der Afghanistanfeldzug, offenes Kokettieren mit der CDU/CSU oder ein Jürgen Kretschmann, der auf dem 125. Firmenjubiläum mit VDA-Chef Matthias Wissmann und anderen Industriegrößten diniert, vermögen das Bild der tendenziell linksorientierten Öko-Partei⁷ nicht wesentlich zu trüben: So scheint sich die polemische Abgrenzungsfrage der deutschen Linken „Wer hat uns verraten?“ immer noch nicht auf „Bündnis 90/Die Grünen“ zu reimen. Angesichts dieser ‚neuen Komplexität‘, die sowohl im Makrokosmos der Weltgesellschaft als auch auf der Meso-Ebene des politischen Systems der BRD für Unordnung sorgt, lässt sich die perspektivische Frage nach der Rolle, die die Grünen innerhalb eines „fluiden Fünf-Parteiensystems“ (*Niedermayer* 2007) einnehmen (können), momentan nur sehr vage beantworten: Mit welchem Inhalt der symbolpolitische Allgemeinplatz einer Forderung nach einem neuen ‚Green New Deal‘ oder ‚Neuen Grünen Gesellschaftsvertrag‘ als Gegenstand der Wahlkampfkampagne für Europaparlament und Bundestag Anfang Mai 2009 (*Kamps* 2010, S. 213) letztlich angereichert werden soll, ist entwicklungsprospektivisch aber immerhin unklar genug, dass sich zahlreiche Wähler problemlos mit ihm identifizieren zu können scheinen. Da die Grünen keine Feuerprobe konsequent (links-)ökologischer Politik – wie etwa das Konzept der ökologischen Kreislaufwirtschaft aus der Frühzeit der Partei oder die Forderung nach einer radikalen Erhöhung des Benzinpreises von 1998 – mehr wagen werden, wird damit aber auch die Frage nach der Bereitschaft zu einer entsprechenden inhaltlichen Orientierung der (neuen) grünen Wählerschaft (vorerst) eine hypothetische bleiben.

Als außergewöhnliche Eigenheit der Grünen erscheint es nun, dass sie trotz ihrer Beteiligung an ‚Schröders‘ (sic!) Agenda 2010 auf nationaler, trotz ihrer Entscheidung für den Kosovo-Feldzug auf internationaler Ebene und trotz kommunal umstrittener Maß-

nahmen wie die Erhöhung des Kindergelds in Hamburg im Jahr 2010 nicht die Strahlkraft ihres Markenkerns einbüßen, welcher sich neben einer ökologischen Grundorientierung aus Werten wie Solidarität und Gleichberechtigung zusammensetzt. Während eine konkrete Beantwortung der Frage, warum denn dies so sein kann eine mikrodemoskopische Untersuchung individueller Präferenzbildung erfordern würde, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich auf die Rahmenbedingungen dieser Präferenzbildung verweisen. Wenn die Transformation relevanter Politikfelder an der Schwelle des 21. Jahrhunderts einhergeht mit der Entstehung konfligierender Zielgrößen, wie sie etwa in ökologischer Nachhaltigkeit und massenkompatiblem Zugang zu Wasser und Energie oder sozialem Zusammenhang und Aktivierung individueller Potenziale im neuen Wohlfahrtsstaat zum Tragen kommen, wenn Themen wie Mindestlohn oder Atomausstieg im Jahr 2011 auch gekannt von der CDU unter Merkel vertreten werden können, lässt sich das Kreuzchen auf dem Wahlzettel für die Grünen auch als Resignation des Wählers gegenüber solchen Widersprüchlichkeiten interpretieren. Wenn die Vielschichtigkeit und Ambivalenz neuer Politikfelder keine eindeutige Narration vom ‚richtigen Weg zum Gemeinwohl‘ mehr plausibel erscheinen lässt, wählt man mit den Grünen als begrenzt informierter Akteur möglicherweise einfach das kleinste denkbare Übel (und ein Identifikationsangebot als verantwortungsbewusster, ökologisch orientierter Bürger gibt es außerdem dazu).

Wenn es also so etwas gibt wie eine spezifisch grüne Parteikultur, innerhalb deren Repräsentationen entsprechende Grundwerte versinnbildlicht werden, lässt sich auch das zweite Argument des innerparteilichen Dissens‘ als Bezugspunkt bei der Konstruktion von Wähleridentitäten ansehen: Zwar kann es als banal gelten, dass in allen Parteien Meinungsverschiedenheiten zwischen unterschiedlichen Lagern das Tagesgeschäft bestimmen. Allerdings scheint es – wie z.B. auch weiter oben am Beispiel des Sonderparteitags beschrieben – den Grünen anhaltend zu gelingen, in ihrer Praxis der Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung populäre Elemente einer konstruktiv-dynamischen Streitkultur zu vermitteln, die für wachsende Wählerschichten möglicherweise bereits unter sozialphänomenologischen Aspekten eine größere Attraktivität entfaltet, als es Vertretern der übrigen Parteien gelingt. Der unkonventionelle Anstrich, den ‚Markenbotschafter‘ wie Claudia Roth einem formalistisch ausgehandelten Atomausstieg auf Raten oder einem „Regelbedarf“ von 345 Euro für ALG II-Empfänger geben können, schimmert aus Sicht vieler Wähler möglicherweise in anderen, bunteren Farbtönen, als er den Kritikern eines liberalen Ausverkaufs der Grünen erscheinen mag. Dass die Grünen auf ihrem Kieler Parteitag Ende November 2011⁸ vermeintlich unpopuläre Maßnahmen (Spitzensteuersatz von 49%, Vermögensabgabe zum Schuldenabbau, etc.) als Teil ihrer Agenda für die anstehende Bundestagswahl in den Raum stellen, mag hier vielleicht sogar als Bekenntnis zu einer erneuten rot-grünen Koalitionsabsicht (*Doemens* 2011) interpretiert werden. Wie pragmatisch man mit dieser Vorfeldpositionierung im folgenden Wahlkampf umgehen wird, bleibt indes abzuwarten.

Nun soll mit den vorgebrachten Argumenten keinesfalls der Eindruck erweckt werden, dass die Grünen ihre gesamte Popularität aus ökologischem Reden bei liberalistisch-verantwortungslosem Handeln sowie einer (womöglich inszenierten) Diskussionskultur beziehen. Während die Reduktion grüner Popularität auf diese beiden Faktoren unterkomplex und daher schlichtweg als falsch anzusehen wäre, so stellte sie – und dies konnte hoffentlich mit einiger Plausibilität untermauert werden – wesentliche Rahmenbedingungen des Erfolgs eines Grünen Projektes dar, der ohne sie so sicherlich nicht denkbar erschiene. Wie angemerkt, haben radikale grüne Forderungen in der Geschichte der Partei

im Kontext der deutschen Politik immer wieder wichtige Anregungen für progressive Diskussionen inner- und außerhalb der Parlamente geliefert, und auch heute gibt es sie noch, etwa in Form von Grundeinkommen oder in der Technologiepolitik. Wenn Demokratisierungsimpulse wie der von gewerkschaftlicher Seite eingebrachte Vorschlag, Unternehmen, die in der Krise Staatshilfen erbeten haben, in Zukunft nach dem weitreichenden Mitbestimmungsmodell des Volkswagenkonzerns zu führen (*Wannöffel* 2011) oder die Idee einer Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, wie sie im neuen Grundsatzprogramm der Linken zu finden ist, gegenwärtig immer weniger von grüner Seite zu kommen scheinen, muss man sich mittelfristig fragen, welcher Schaden entsteht, wenn die Grünen dabei sind, ihre – historisch unbestrittene – kreative Innovationskraft im realpolitischen Tagesgeschäft immer weiter wegzudifferenzieren.

Anmerkungen

- 1 Für hilfreiche Kommentare danke ich Sebastian Bitterwolf, Katharina Knüttel, Lasse Wichert und einem unbekanntem Reviewer!
- 2 Und Rezipientinnen, die als Akteurinnen hier wie in den folgenden Fällen der Verwendung des generischen Maskulinums immer mit angesprochen sein sollen.
- 3 So gewinnen einerseits Angelegenheiten an Bedeutung, die vor dem Hintergrund bestehender Zielgrößen-sets zu neuen Arrangements in der (partei-)politischen Landschaft führen (zum Thema Stammzellenforschung bekommt man problemlos den Bischof von Köln sowie Vertreter der Grünen und der Linkspartei an einen Tisch). Andererseits lässt sich auch eine Dynamisierung politischer Konfliktkonstellationen verzeichnen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch eine klare Rollenverteilung voraussetzten, wie es z.B. bei Fragen der Landesverteidigung der Fall ist.
- 4 Für die Frühphase siehe hier v.a. *Raschke* 1993, für die jüngere Historie *Walter* (2010) sowie die Beiträge in *Kronenberg/ Weckenbrock* (2011).
- 5 Weitere umweltpolitische Errungenschaften finden sich vor allem in der Förderung erneuerbarer Energien sowie der Einführung des Emissionshandels für Kohlendioxid auf europäischer Ebene. Wenn FDP und Union im Bund heute etwa die Erreichung des deutschen Kyoto-Ziels einer Verringerung klimaschädlicher Treibhausgase um 21% gegenüber 1995 fünf Jahre vor Ende der geplanten Frist bis 2012 für sich reklamieren, so ist das nicht ohne eine gewisse Ignoranz gegenüber den Ambitionen ihrer Vorgängerregierung möglich.
- 6 Fairerweise sollte aber nicht unerwähnt bleiben, dass auch eine soziale Grundorientierung immer wieder in der Programmatik zu Tage tritt, wie sich etwa am neuen Modellvorschlag der Bürgerversicherung zu Lasten wirtschaftlich Bessergestellter zeigt.
- 7 Adaptiert man darüberhinaus mit *Colin Crouchs* (2008) Begriff der „Postdemokratie“ Elemente einer zeitgeistkritischen Beobachtung des zunehmenden Einflusses gesellschaftlicher Eliten auf die Gestaltung politischer Prozesse, spiegelt sich diese sicher nicht zuletzt auch in der tragenden Rolle, die dem deutschen Bürgertum heute innerhalb der Grünen zukommt.
- 8 Bezeichnenderweise fand dieser zeitgleich mit den Protesten gegen den Castor-Transport statt, die man im grünen Lager traditionell eigentlich zur Inszenierung von Solidarität mit der Zivilgesellschaft, im Zweifel auch gegen Staat und Kapital, genutzt hat.

Literatur

- Bauchmüller, Michael*, 2011: Mit Marx gegen Links, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27.6.2011, S. 2.
Beck, Ulrich, 1986: *Risikogesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Beck, Ulrich, 2007: *Weltrisikogesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Blank, Florian, 2011: *Soziale Rechte 1998-2005*, Wiesbaden: VS.

- Crouch, Colin*, 2008: Postdemokratie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ders.*, 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin: Suhrkamp.
- Ditfurth, Jutta*, 2011: Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen, Berlin: Rotbuch.
- Decker, Frank/Neu, Viola* (Hrsg.), 2007: Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden: VS.
- Doemens, Karl*, 2011: Hört die rot-grünen Signale, in: Frankfurter Rundschau, 28.11.11.
- Hessel, Stéphane*, 2011: Empört Euch!, Berlin: Ullstein.
- Kamps, Klaus*, 2010: Zur Modernisierung und Professionalisierung des Wahlkampfmanagements, in: *Korte, Ralf-Rudolf* (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: VS, S. 187-226.
- Kroh, Martin/Schupp, Jürgen*, 2011: Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei?, in: Wochenbericht des DIW Berlin 12/2011, S. 2-9.
- Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph* (Hrsg.), 2011: Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden: VS.
- Marcuse, Herbert*, 1966: Repressive Toleranz, in: *Wolff, Robert Paul/Moore, Barrington/Marcuse, Herbert*: Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 91-127.
- Mißfelder, Philip*, 2011: Schwarz-Grün als Projekt einer jüngeren Generation?, in: *Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph* (Hrsg.), 2011: Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden: VS, S. 433-437.
- Niedermayer, Oskar*, 2007: Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: *Decker, Frank/Neu, Viola* (Hrsg.), 2007: Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden: VS, S. 114-135.
- Niedermayer, Oskar* (Hrsg.), 2011: Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: VS.
- Özdemir, Cem*, 2011: Geleitwort, in: *Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph* (Hrsg.), 2011: Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden: VS, S. 9-11.
- Probst, Lothar*, 2011: Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur „Volkspartei“?, in: *Niedermayer, Oskar* (Hrsg.), Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: VS, S. 131-156.
- Radkau, Joachim*, 2011: Die Ära der Ökologie, München: Beck.
- Raschke, Joachim*, 1993: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln: Büchergilde Gutenberg.
- Rudzio, Wolfgang*, 2006: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS.
- Schulte, Ulrich*, 2011: Grünen-Mitglieder lieben Rot-Grün, in: tageszeitung, 1.9.11, S. 11.
- Scott, W. Richard*, 1986: Grundlagen der Organisationstheorie, Frankfurt a.M./New York: Campus
- Snow, D. A. u.a.*, 1986: Frame alignment processes, micromobilization, and movement participation, in: *American Sociological Review* 51, S. 464–481.
- Storz, Wolfgang*, 2011: Grüne Wendehälse, in: tageszeitung, 28.6.11, S.10.
- Walby, Sylvia*, 2009: Globalization and Inequalities, London: Sage.
- Walter, Franz*, 2009: Charismatiker und Effizienzen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ders.*, 2010: Gelb oder Grün?, Bielefeld: Transcript.
- Ders.*, 2010a: Vom Milieu zum Parteienstaat, Wiesbaden: VS.
- Ders.*, 2011: Riskante Überbürgerlichkeit, in: *Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph* (Hrsg.), 2011: Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden: VS. S. 134-144.
- Wannöffel, Manfred*, 2011: Auch für „Old Opel“ gilt: Europäische oder keine Lösung, *Gerlach, Thomas u.a.* (Hrsg.), Solidarität über Grenzen, Berlin: Sigma, S. 95-109.

Anschrift des Autors:

Martin Seeliger, M.A., Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl Soziologie/Organisation, Fakultät für Sozialwissenschaft, Migration, Mitbestimmung, Gebäude GB 04/42, Universitätsstr. 150, 44780 Bochum
E-Mail: martin.seeliger@gmx.net